

Entwicklungen & Trends 2013

Weichen für die Zukunft stellen

von Minou Youssefi-Menzler und Uli Zerger

»Weiterentwicklung des Biolandbaus«, »bio 3.0«, »die Weichen für die Zukunft stellen« – das alles waren Schlagworte, die den Ökosektor in der zweiten Jahreshälfte 2013 bewegten. Wichtige agrarpolitische Entscheidungen sind gefallen, andere stehen noch aus. Die Biofach 2014 möchte mit dem Schwerpunkt »Organic 3.0« eine Plattform für intensive Diskussionen über die Gestaltung der Zukunft bieten. Doch bevor wir dort einsteigen, wollen wir darstellen, welche Themen die Branche im vergangenen Jahr bewegten, welche Neuerungen es gibt und welche Erfolge zu verzeichnen sind.

Verhaltene Ausdehnung des Ökolandbaus ...

Der Ökologische Landbau in Deutschland ist im Jahr 2012 so geringfügig wie noch nie gewachsen. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche hat um 1,8 Prozent zugenommen, der Anteil der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe hat sich um 2,2 Prozent erhöht. Ende 2012 wurden insgesamt 1.034.355 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche von 22.932 landwirtschaftlichen Betrieben nach den EU-weiten Regelungen des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Der Anteil der Biobetriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe betrug 7,7 Prozent, der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 6,2 Prozent. Auch die Anzahl der ausschließlich verarbeitenden Betriebe im Ökosektor ist gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Prozent gestiegen und liegt nun bei 8.293. Die Anzahl der Importeure stieg um 3,7 Prozent auf 308. Die reinen Handelsunternehmen verzeichnen bei einer Anzahl von 2.210 einen Zuwachs von 8,4 Prozent. Insgesamt waren 2012 im Biosektor 34.899 Erzeuger, Verarbeiter, Aufbereiter, Importeure und Handelsunternehmen tätig.¹

Für Diskussionsstoff sorgte Anfang des Jahres das Thema »Rückumstellung«. Eine Untersuchung ging der Frage nach, in welchem Umfang und mit welchen Gründen Landwirte aufhören, ihren Betrieb ökologisch zu bewirtschaften (siehe hierzu auch den Beitrag von Heike Kuhnert et al. in diesem Kapitel.)

Ökolandbau:
So wenig Wachstum
in der Fläche wie nie

... dafür deutliche Steigerung der Erträge

Die Bioerzeuger konnten ihre Erlöse 2012 auf 1,53 Milliarden Euro steigern. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Zuwachs von zwölf Prozent. Hohe Preise für Biogetreide, -obst und -gemüse

sowie eine starke Ausweitung der Tierhaltung, insbesondere bei Biolegehennen und -hähnchen, sind die Hauptgründe für die positive Entwicklung. Das geht aus einer Strukturdatenerhebung zum Ökolandbau in Deutschland hervor, die von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) für das Jahr 2012* durchgeführt wurde.² Im Durchschnitt konnte jeder Biolandwirt seinen Erlös pro Hektar gegenüber 2011 um 135 Euro auf 1.483 Euro steigern.

**Wachstumsmarkt
Bioputen**

Im Bereich der Tierhaltung trug vor allem die deutliche Aufstockung der gehaltenen Biolegehennen dazu bei. Ihre Zahl stieg um 17 Prozent auf 3,3 Millionen Tiere. Damit stammen mittlerweile mehr als sieben Prozent aller Eier aus ökologischer Haltung. Auch die Mengen an Bioflügelfleisch nahmen stark zu (plus 16 Prozent). Das größte Plus wurde in der Putenhaltung verzeichnet, wo mit insgesamt 285.000 Tieren die Bestände um 28 Prozent ausgedehnt wurden. Das Wachstum im Bereich der Milcherzeugung hat sich dagegen 2012 verlangsamt. Die Zahl der Milchkühe stieg auf 145.000, wodurch die abgelieferte Biomilchmenge knapp zwei Prozent höher ausfiel als im Vorjahr. In der Fleischerzeugung verzeichneten die Statistiker nur geringe Veränderungen. Während die Erzeugung von Biorindfleisch leicht zurückging, wurde geringfügig mehr Bioschweinefleisch produziert. Trotz einer nach wie vor hohen Nachfrage nach Bioschweinefleisch fallen die absoluten Zahlen mit etwa 260.000 geschlachteten Tieren sehr niedrig aus. Das sind etwa 0,8 Prozent aller bundesweit geschlachteten Schweine.

**Gemischte Bilanz
bei der pflanzlichen
Erzeugung**

In der pflanzlichen Erzeugung gingen die Flächen für Biogetreide leicht zurück auf 202.000 Hektar. Weizen und Roggen blieben die wichtigsten Kulturen im Ökolandbau. Beim Roggen erzielten die Landwirte überdurchschnittliche Erträge und Qualitäten, sodass sich die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbesserten. Stark rückläufig waren dagegen die Anbauflächen bei Dinkel (minus 14 Prozent), der vor allem in Süddeutschland große Bedeutung hat. Experten erklären diese Entwicklung durch niedrige Preise im Jahr 2011, die den Anbau für viele Landwirte unattraktiv machten. Im laufenden Jahr 2013 wird jedoch mit einem knappen Angebot und entsprechend höheren Preise gerechnet. Auch die Flächen für Hülsenfrüchte gingen weiter deutlich zurück (minus 13 Prozent). Dennoch machten die biologisch bewirtschafteten Flächen mit 22.000 Hektar mehr als ein Viertel der gesamten Anbaufläche für Hülsenfrüchte aus, bei Ackerbohnen und Lupinen sogar über 40 Prozent. Aufgrund großer Nachfrage dehnten die Biobauern den Rapsanbau stark aus (plus 40 Prozent) auf insgesamt 2.500 Hektar. Auch der ökologische Sojabohnenanbau nimmt weiter zu und macht mit 1.400 Hektar mittlerweile ein Viertel der gesamten Sojaanbaufläche in Deutschland aus. Besonders auffällig ist nach Ansicht der Statistiker der weitere Anstieg der Bioweinflächen. Nach einer starken Ausdehnung des ökologischen Weinbaus in den vergangenen Jahren stieg der Flächenumfang bis Ende 2012 nochmals um mehr als sieben Prozent auf 7.400 Hektar. Das entspricht 7,6 Prozent aller Rebflächen bundesweit.

Die Nachfrage wird häufig durch Importe gedeckt

**Hemmnisse für das
Flächenwachstum**

Was den Umsatz mit Biolebensmitteln angeht, so ist Deutschland mit 7,04 Milliarden Euro (das entspricht 3,7 Prozent des gesamten Lebensmittelmarktes) der größte Markt für Biolebensmittel in Europa. In der EU ist Deutschland mit großem Abstand der Hauptnachfrager nach Bioprodukten und steht weltweit nach den USA an zweiter Stelle. Während jedoch in den letzten vier Jahren das Biohandelsvolumen um 21 Prozent stieg, betrug die Zunahme des Ökoflächenanteils lediglich zehn Prozent. Die Nachfrage wächst stetig und ist noch lange nicht ausgeschöpft. Dementsprechend wird ein Großteil des Bedarfs an Bioprodukten durch Importe gedeckt – und damit die Umweltleistungen des Ökolandbaus exportiert. Die Hemmnisse für das Flächenwachstum werden insbesondere in der überzogenen Förderung der Biogasproduktion gesehen sowie im Anwachsen industrieller Tierhaltung: Sie haben vielerorts die Pachtpreise in exorbitante Höhen getrieben. Ökobetriebe können da nicht mithalten und verlieren ihre Pacht-

* Da detaillierte Daten für 2013 bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, wird hier die Situation für das Jahr 2012 dargestellt. Für 2013 gehen die Fachleute von stabilen Verkaufserlösen für die Biolandwirtschaft aus. Sie rechnen bei Biogetreide mit leicht höheren Erträgen und etwas niedrigeren Preisen als in 2012. Dafür erwarten sie bei Obst, Gemüse und Kartoffeln höhere Preise. Für Rinder- und Schweinefleisch aus ökologischer Erzeugung sowie für Biomilch halten sie Preise auf Vorjahresniveau für realistisch.

Umstellung erleichtern mit *bio-offensive*

Knackpunkte bei der Umstellung sind nach wie vor Unsicherheiten in Bezug auf Abnahme und Erzeugerpreise. Außerdem fragen sich die Landwirte, ob ihr Betrieb für die Umstellung geeignet ist. Das Projekt *bio-offensive* will hier fundierte Entscheidungsgrundlagen schaffen: Durch einen Betriebscheck werden die individuellen Voraussetzungen des Betriebs für die Bioproduktion analysiert. Ziel ist es auch, direkte Kontakte zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den beteiligten Weiterverarbeitern und Handelsunternehmen zu knüpfen. Bisher ließen knapp

1.300 Landwirte das Potenzial einer Umstellung für ihren Betrieb anhand des Betriebschecks prüfen. Über das Modul »Bio-Sourcing-Check« können nun auch verarbeitende Betriebe ihre Beschaffungsstrategie im Hinblick auf einen heimischen Rohstoffbezug überprüfen. Außerdem werden fünf ausgewählte Leuchtturmprojekte beispielhafter Verarbeiter-Erzeuger-Kooperationen vertieft beraten, um daraus »Best Practices« abzuleiten.

www.bio-offensive.de

flächen. Auch das Aussetzen der Umstellungsförderung in einigen Bundesländern verunsichert die Bauern, ihnen fehlen Planungssicherheit und klare politische Signale für eine Umstellung.

Trends: Veganismus & Regionalität im Kommen

Ein Trend, der in der Biobranche nicht unbeachtet gelassen werden sollte, ist die wachsende Zahl der Veganer. Während Vegetarier in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, sind die Veganer jetzt gerade auf dem Sprung: Noch vor wenigen Jahren als wunderbar abgetan, ist »vegan« heute ein urbaner Lifestyle. Ob aus ethischen, ökologischen oder gesundheitlichen Motiven: Diese Zielgruppe hat eine natürliche Affinität zu bio, aber sie kauft nicht automatisch bio. Einige Biohersteller haben das Potenzial dieser Zielgruppen bereits entdeckt und kooperieren zum Beispiel mit veganen Köchen. Über digitale Kommunikationskanäle zielen sie zudem auf neue Interessierte abseits der klassischen Naturkostkundschaft. Biokunden sind wiederum für vegetarische und vegane Sortimente ansprechbar. Der Biofachhandel hat hier einen entscheidenden Sortiments- und Kompetenzvorteil, den er nutzen sollte.

Eine weitere ernst zu nehmende Entwicklung ist der Trend zu regionalen Produkten: Diese sind inzwischen gefragter als bio. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie, in der die Unternehmensberatung A.T. Kearney das Kaufverhalten der Verbraucher analysiert hat und Strategien für Lebensmittelhändler aufzeigt.³ Am beliebtesten sind Eier, Gemüse, Obst, Fleisch und Milchprodukte. Die wichtigsten Motive für den Kauf sind Geschmack und Qualität. Wochenmärkte und Biobauern sind dabei die vertrauenswürdigsten Bezugsquellen. Zwar fehlt eine einheitliche Definition von Regionalität, was die genaue Ermittlung des Marktvolumens erschwert. Dennoch: Bei der Hälfte der Befragten machen regionale Lebensmittel einen Anteil von 20 Prozent aufwärts an ihrem Warenkorb aus. Der Anteil der Bioprodukte beträgt bei der Hälfte der Befragten indes nur zehn Prozent oder mehr. Hier gilt es für die Biobranche, ihr Kreislaufprinzip konsequenter umzusetzen und eines ihrer ureigenen Themen wieder stärker mit ihren Inhalten zu besetzen.

Mehr Transparenz in Sachen Regionalität verspricht das Regionalfenster, mit dem ab 2014 Produkte gekennzeichnet werden können: Auf einen Blick soll der Verbraucher erkennen, aus welcher Region die Rohstoffe stammen und wo sie verarbeitet worden sind. Der Trägerverein »Regionalfenster« vergibt das blaue Etikett nach festgelegten Regeln. Die Hauptzutat muss nachweislich aus der angegebenen Region stammen. Ein mehrstufiges Kontroll- und Sicherheitssystem soll gewährleisten, dass die Angaben korrekt sind. Das Regionalfenster ist nicht als Gütesiegel zu verstehen. Aussagen zur Art der Erzeugung wie »ökologisch«, »ohne Gentechnik« oder »tiergerecht« sind nicht zugelassen.

Diese Entwicklungen zeigen sich auch auf den Plattformen der Branche, den Fachmessen. Seit 2013 erweitern zwei regionale Biomessen das Spektrum der Warenpräsentation im Bereich Naturkosthandel: Nach den Messen BioNord (Hannover, 424 Aussteller, erstmalig 2004) und

Vegan: neuer urbaner Lifestyle

Regionale Produkte gefragter als bio

»Regionalfenster« ist kein Gütesiegel

BioSüd (Augsburg, 454 Aussteller, erstmalig 2009) wurde mit der BioWest (Düsseldorf, 273 Aussteller) und BioOst (Berlin, 262 Aussteller) das Konzept der regionalen Fachmessen als Forum und Treffpunkt für die Branche flächendeckend umgesetzt.

Gute Saaten – aber bitte auch für den Ökolandbau

Bezüglich Saatgut hat es der Ökolandbau nach wie vor schwer: Die EU-Kommission hat Vorschläge zur Revision des europäischen Saatgut-Verkehrsgesetzes gemacht. Das Saatgutrecht soll laut EU-Kommission zwar vereinfacht und entbürokratisiert werden. Um neue Sorten zuzulassen, soll es dazu bald neben den nationalen ein einheitliches Verfahren auf EU-Ebene geben. Allerdings werden Ökozüchter dann das Nachsehen haben: Die scharfen Kriterien, die auch bisher auf nationaler Ebene für eine neue Sorte galten, wurden im Entwurf nicht an Ökosorten angepasst. Vielmehr lauten die Kriterien »Unterscheidbarkeit, Beständigkeit und Homogenität«. ⁴ Ökozüchter belassen ihren Sorten aber in bestimmten Fällen bewusst eine genetische Heterogenität, damit diese sich an die jeweiligen Umwelt- und Anbaubedingungen und den Klimawandel anpassen. Prüfbedingungen fernab der Ursprungsregion in womöglich ganz anderen Klimaten, noch dazu unter Einsatz von synthetischen Dünge- und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, passen nicht zu den Ökosorten. Ökozüchter fordern daher eine neue, formelle Kategorie in der offiziellen Registerprüfung für Sorten, die aufgrund breiterer genetischer Basis eine größere Bandbreite an morphologischen Merkmalen aufweisen. Außerdem müssen die Züchtungskriterien angepasst und auf beschreibende Merkmale erweitert werden, statt wie bisher die Kriterien auf zwei Ausprägungsstufen einzuengen. Register- und Wertprüfungen müssen unter Bedingungen des Ökologischen Landbaus und in der Ursprungsregion durchführbar sein. Nicht zuletzt muss das Inverkehrbringen von Neuzüchtungen entsprechend der Amateursortenregelung weiterhin möglich sein.

**Neues EU-Saatgut-Recht:
Ökozüchter werden
benachteiligt ...**

**... und fordern
Nachbesserungen**

EU-Agrarreform: Stärkung oder Schwächung des Ökolandbaus?

Das wichtigste agrarpolitische Thema 2013 war die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), mit der die Rahmenbedingungen – auf europäischer Ebene – für die Jahre 2014 bis 2020 festgelegt wurden. ⁵ Nachdem im Sommer 2013 (nach fast zweijährigen Verhandlungen zwischen Kommission, Europäischem Parlament und Rat) eine Einigung erzielt wurde, waren die Mitgliedstaaten dran: Die deutschen Agrarminister verständigten sich im Herbst über die Umsetzung der GAP in Deutschland. Es galt, die 6,2 Milliarden Euro aus Brüssel zu verteilen – zehn Prozent weniger als bisher. Künftig soll knapp ein Drittel der Direktzahlungen an Umweltleistungen geknüpft sein, desweiteren dürfen besonders artenreiche Wiesen und Weiden nicht in Ackerland umgebrochen werden und ab 2015 sollen fünf Prozent der landwirtschaftlichen Fläche stärker der Natur überlassen werden, z.B. als Brachen oder Grünstreifen. Dies soll Wildtieren Rückzugsräume schaffen und Raum für Artenvielfalt bieten. Die Reform soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten.

Mit der EU-Agrarreform ist der Einstieg in eine ökologische und gerechtere Verteilung der Agrargelder geschafft. Nun haben es die Länder in der Hand, die Gelder entsprechend einzusetzen und eine ökologischere und tiergerechtere Förderpolitik auf den Weg zu bringen. Die Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungen für die Förderung der ländlichen Entwicklung von der Ersten in die Zweite Säule bietet die Chance, dieses Geld in den Ausbau der Biolandwirtschaft und den Tierschutz zu investieren, indem z.B. künftig nur noch artgerechte Stallsysteme gefördert werden.

Fatale Folgen kann jedoch ein Beschluss haben, der die ganze Reform ad absurdum führt. Darin wird der Biolandbau als »green per definition« angesehen. Durch diese Anerkennung ist er zwar erstmals offiziell gegenüber der konventionellen Landwirtschaft bessergestellt und bekommt keine weiteren Umweltauflagen. Jedoch kann es wie ein Bumerang auf den Biolandbau zurückfallen: Würde der Ökolandbau über das Greening der Ersten Säule gefördert und gleichzeitig in der Zweiten, könnte dies als eine unerlaubte Doppelförderung angesehen werden. Daher müsse, so die Kritiker, der Biolandbau aus dem Greening genommen werden. Das wiederum würde aber einen Pauschalabzug von der Ökoförderung in Höhe von 33 Prozent der Gree-

**»Green per definition«:
Fatale Folgen für
Ökolandbau befürchtet**

ning-Zahlungen bedeuten. Der Ökolandbau würde dadurch nicht nur Fördergelder verlieren, die Politik würde auch ein fatales Signal beim Umbau der Förderstruktur für den Ökolandbau setzen: Die Form der Landwirtschaft, die mit der Reform eigentlich gestärkt werden sollte, wird bestraft statt gefördert! Vertreter der Verbände versuchen derzeit mit allen Mitteln, diese Entwicklung aufzuhalten.

Und wieder eine neue Ökoverordnung ...

Mit ihrer Ankündigung, die EU-Rechtsvorschriften für den Ökologischen Landbau komplett neu zu regeln, hat die Europäische Kommission Ende 2012 den Biosektor überrascht.⁶ Der Zeitplan ist straff, ein Gesetzesvorschlag ist für März 2014 vorgesehen. Insbesondere in der Effizienz der Kontrollen der Betriebe werden Schwachstellen gesehen sowie bei möglichen Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Organismen in den Bereichen Saatgut oder Futtermittel und in dem Vertrauen der Verbraucher in den Ökobereich. Der EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Dacian Cioloș, möchte die Ökolandwirtschaft mit der Revision fit für die Zukunft machen. Er will verhindern, dass »der biologische Landbau Opfer seines eigenen Erfolgs wird« – und meint damit Betrugsfälle wie den in Italien, bei dem konventionelles Soja als umdeklarierte Bioware auf den Markt gelangte. Die vorgeschlagenen Varianten decken das ganze Spektrum von einer moderaten Verbesserung des Status quo über eine marktorientierte Weiterentwicklung bis hin zu einer prinzipientreuen Ausrichtung der Ökoverordnung. Die marktorientierte Variante würde Ausnahmegenehmigungen – beispielsweise zur Verwendung von konventionellem Saatgut und konventionellen Futtermitteln – zur Regel machen. Die prinzipienorientierte Reformvariante würde diese Ausnahmeregelungen dagegen weiter begrenzen, keine Teilumstellung von Betrieben mehr zulassen und die jährlichen Kontrollen von Ökobetrieben durch gegebenenfalls auch häufigere, risikobasierte Überprüfungen ersetzen.

Im Zuge der Revision ist auch ein neuer Aktionsplan vorgesehen, in dem Maßnahmen vorgeschlagen werden, die den Ökologischen Landbau in der neuen EU-Programperiode gezielt fördern und einen neuen strategischen Rahmen setzen sollen.

Grundsätzlich ist die Intention des Agrarkommissars zwar begrüßenswert. Eine erfolgreiche Komplettrevision in dieser knapp bemessenen Zeit und zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch nicht sinnvoll, und manche Vorschläge sind zu radikal und wirken womöglich kontraproduktiv. Da die neue Verordnung zudem erst 2017 in Kraft treten würde, bestünde mit dieser unerwarteten Totalrevision über Jahre hinweg eine Rechtsunsicherheit für die Marktakteure.⁷ Eine bessere Einbindung der Akteure und ihrer Expertise bei der Erarbeitung der Vorschläge würde zudem eine Wertschätzung der jahrzehntelangen erfolgreichen Arbeit des privaten Sektors bedeuten. Das Revisionsverfahren könnte letztendlich dazu führen, dass die gut gemeinten Ziele des Agrarkommissars nicht erreicht werden.

Falsch wäre es, einen Gegensatz zwischen einer qualitäts- und quantitäsorientierten Strategie aufzubauen. Ziel muss es vielmehr sein, der wachsenden Nachfrage nach Bioprodukten ent-

**EU-Kommission
überrascht Biobranche**

**Initiative grundsätzlich
begrüßenswert ...**

**... aber womöglich
kontraproduktiv**

Umweltschutz: zentral für die Kaufentscheidung

Ergebnisse der Online-Konsultation zur Revision der EU-Öko-Verordnung

Die meisten der 45.000 Antworten der Online-Umfrage von Anfang 2013 kamen dabei von Konsumenten. Diese ergab, dass 83 Prozent der Befragten Bioprodukte aus Umweltschutzgründen kaufen; an zweiter Stelle gaben 81 Prozent als Grund Gentechnik- und Pestizidfreiheit an. Die teilnehmenden Konsumenten befürworten harmonisierte und hohe Biostandards, Verarbeitung und Handel sollten zudem ihre Aktivitäten

auf Umweltverträglichkeit überprüfen lassen. Dennoch sprachen 71 Prozent Bioprodukten ihr Vertrauen aus. Mehr Unterstützung in Innovation und Forschung forderten 58 Prozent im Bereich Ökonomie und soziale Wirkungen des Ökologischen Landbaus, 52 Prozent bei der Anpassung von Saatgut und Pflanzgut an Low-input-Systeme, 48 Prozent im lokalen Anbau von Eiweißpflanzen sowie dem Abfallmanagement.

sprechen zu können und gleichzeitig die Qualität weiter zu entwickeln. Bio ist inzwischen zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, dessen Wirtschaftlichkeit durch eine Totalrevision nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden darf. Dass die Kommission in Kauf nimmt, dass es mit ihrem Revisionsansatz zu einer Abnahme von Biobetrieben kommen wird, ist vor dem Hintergrund eines rasant wachsenden Biomarktes absolut nicht nachvollziehbar.

Geflügelhaltung: Großbetriebe erneut in der Kritik

Misstände auch bei der Bio-Geflügelhaltung ...

Neben der Absteckung zukünftiger Rahmenbedingungen für eine ökologische Produktion wurde die Biobranche Anfang 2013 mit Missständen in der Geflügelhaltung konfrontiert: In der Mehrzahl konventionelle, aber auch einige ökologisch geführte Eierbetriebe in Niedersachsen sollen mehr Tiere im Stall gehalten haben, als gesetzlich erlaubt sind. Damit hätten die Produzenten gegen das Lebensmittel- und Tierschutzrecht bzw. gegen das Öko-Landbaugesetz verstoßen. Heftige Diskussionen darüber, welche Art von Landwirtschaft gewünscht und machbar ist, wurden daraufhin bei Verbrauchern, Bauern, Politikern und Wissenschaftlern geführt. Obwohl weit überwiegend konventionell wirtschaftende Betriebe betroffen waren, weitete sich das Ganze (wieder mal) zu einem »Biothema« aus. Die Branche reagierte jedoch schnell und umfassend und sorgte für Aufklärung. Im Fokus standen auch Geflügelbetriebe, die von Naturland zertifiziert sind bzw. waren. Der Verband reagierte mit Kündigungen, zusätzlichen Kontrollen und einer Aktualisierung der Tierwohl-Checkliste. Darüber hinaus erfolgt nun eine Überarbeitung der Verbandsrichtlinien, bei der es insbesondere um die Obergrenze von Tieren und Ställen, Auslaufgestaltung, Kontrolle und Qualifikationsanforderungen für die Betriebsleiter geht. Ziel ist ein Umbau hin zu bäuerlichen Betrieben, der in spätestens fünf Jahren vollzogen sein soll.

Bioverband reagiert mit Maßnahmenkatalog

Kontrolle: Verstaatlichung bedeutet nicht Verbesserung

Ökokontrollsystem muss verbessert werden ...

Schwachstellen wird es auch im Biobereich (leider) immer wieder geben. Wichtig ist es, sie aufzudecken und abzuschaffen. Auch wenn das Ökokontrollsystem das beste existierende System im Lebensmittelbereich ist: Es bedarf an einigen Punkten der Verbesserung. Dass die EU-Kommission nun vorgeschlagen hat, die Kontrolle zu verstaatlichen, gehört freilich nicht dazu. Die Ökokontrolle soll, so der Vorschlag der Kommission, aus der EU-Öko-Verordnung gestrichen und in die amtliche Lebensmittelüberwachung integriert und damit als eigenständige Kontrolle abgeschafft werden. Weitere vorgeschlagene Änderungen sind u. a., dass das Kontrollverfahren detailliert behördlich vorgegeben werden soll, Kontrollen vorrangig unangekündigt erfolgen sollen und eine analytische Endproduktkontrolle gestärkt werden soll.

... aber staatliche Stellen wären überfordert

Die Zuständigkeit für die Biokontrollen würde dann statt bei der Generaldirektion Landwirtschaft in Brüssel bei der Generaldirektion Gesundheit in Dublin liegen. Die Landwirtschaftsbehörden bei der EU-Kommission sollen künftig nur noch für die Produktionsvorschriften zuständig sein, nicht mehr für die Biokontrolle. Abgesehen davon wurde die Durchführungsverordnung zur Kontrolle Nr. 392/2013 vor Kurzem geändert und beinhaltet nun die Einführung von Quoten für Kontrollen: Diese liegen für Analysen bei fünf Prozent, für zusätzliche Stichprobenkontrollen bei zehn Prozent und für unangekündigte Kontrollen ebenfalls bei zehn Prozent. Außerdem müssen die Mitgliedstaaten einen Sanktionskatalog ausarbeiten. Daneben wurden die Regelungen zum Informationsaustausch, vor allem bei Verstößen und Unregelmäßigkeiten, bei Wechseln zu anderen Kontrollstellen sowie bei Subunternehmen, zu elektronischen Bescheinigungen, zur Überwachung durch die Behörden und zu den Berichtspflichten der Mitgliedstaaten präzisiert. Die neue Verordnung ist am 7. Mai 2013 in Kraft getreten und wird ab 1. Januar 2014 angewendet werden.

Eine Verstaatlichung der Kontrolle bedeutet nicht automatisch eine Verbesserung. Gerade die auch für den Tierschutz zuständigen Lebensmittelkontrollbehörden leiden unter Personalknappheit. In manchen Bundesländern ist ein Inspekteur für 1.000 Betriebe zuständig. Sogar der Bundesrechnungshof hat der amtlichen Kontrolle »systemimmanente Schwächen« attestiert. Die immer wiederkehrenden Skandale um Tierquälerei in konventioneller Massentierhaltung werden von den Behörden nicht verhindert. Nicht zuletzt deswegen, weil die lokalen Ämter womöglich Hemmungen haben, gegen einen großen Arbeitgeber in der Region vorzugehen.

Für die Biobranche sind Vertrauen und Glaubwürdigkeit von großer Bedeutung. Dabei kommt einem funktionalen effizienten Kontrollsystem eine zentrale Aufgabe zu. Würde die Biokontrolle verstaatlicht, müsste jedes der 16 Bundesländer einen Stab von Bioinspektoren aufbauen, der alle Ökobetriebe auf seinem Gebiet fachkundig kontrolliert – vom Fünf-Hektar-Gemüsehof über Handelshäuser bis zum hochkomplexen Legehennengroßbetrieb mit zahlreichen Ställen und mehreren Tausend Tieren. Viele der privaten Kontrollstellen haben sich auf Teilbereiche spezialisiert und arbeiten im gesamten Bundesgebiet. Das kann keine neue Ökobehörde, die jeweils nur in einem Bundesland arbeitet. Daher wäre es sinnvoller, die staatliche Aufsicht über die privaten Kontrolleure zu verbessern. Fachlich hoch qualifizierte Ökoinspektoren müssen sich in das Produktionssystem des jeweiligen Erzeugerbetriebs hineinendenken können und in der Lage sein, kritische Punkte zu identifizieren. Aufgabe der zuständigen Landesbehörden ist es dagegen, so lange Kontrollen in großen Ökogeflügelbetrieben konsequent, zielgerichtet und fachlich qualifiziert zu begleiten, bis vorhandene Mängel in Umfang und Prüftiefe bei den Kontrollen nachhaltig abgestellt sind.⁸

Staatliche Aufsicht über private Kontrolleure verbessern

Synergien nutzen für weiteres Wachstum

Im Jahr 2013 sind die Diskussionen, wie sich die Biobranche für die Zukunft aufstellen muss, wieder neu entflammt. Leidenschaftlich wird beispielsweise darüber debattiert, inwieweit die Branche ihren Marktanteil weiter steigern und gleichzeitig ihren eigenen Ansprüchen an Glaubwürdigkeit, Qualitätssicherung und Innovationskraft gerecht werden kann. Die Entwicklungen im vergangenen Jahr haben deutlich gemacht, wie dringend das Thema Tierwohl angegangen werden muss. Hier müssen detaillierte Kriterien erarbeitet werden, die Punkt für Punkt bei Kontrollen überprüft werden können. Das wird aber nur mit gut ausgebildetem Personal möglich sein – eine Aufgabe auch für die Politik, hier die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Denn Glaubwürdigkeit und Vertrauen ist das Pfund, mit dem die Branche wuchern kann – und was sie anderen Lebensmittelherstellern voraushat. Nun wird es darum gehen, dass andere, die mit Regionalität, traditioneller Herstellung oder veganen Zutaten werben, den Öko-Produzenten nicht den Rang ablaufen, sondern im Gegenteil, dass Synergien genutzt werden. Die heimische Biolandwirtschaft muss so gestärkt werden, dass ein weiteres Wachstum möglich ist.

Zentrales Zukunftsthema: Verbesserung des Tierwohls

Anmerkungen

- 1 BMELV: Ökologischer Landbau in Deutschland. Berlin, Juli 2013 (www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Oekolandbau/OekologischerLandbauDeutschland.html).
- 2 Strukturdaten im ökologischen Landbau in Deutschland 2012. Bodennutzung, Tierhaltung und Verkaufserlöse. August 2013 (www.ami-informiert.de/fileadmin/redaktion/bio_daten/strukturdaten/Strukturdaten_und_Verkaufserloese_2012_PDF.pdf).
- 3 A. T. Kearney (2013): Lebensmittel: regional ist gefragt als bio. www.atkearney.de/documents/856314/2519692/BIP%2BRegionale%2BLebensmittel.pdf/3ac41fcc-1edb-483f-b6e8-85948d5a0717.
- 4 Niklas Wawrzyniak: EU-Saatgutrecht: EU sät Einfach. In: Ökologie & Landbau 167, 3/2013, S. 36 f.
- 5 Ausführliche Analysen der EU-Agrarreform und deren Umsetzung in Deutschland finden sich u. a. in den Beiträgen von Ulrich Jasper und Bernd Voß in diesem Agrarbericht (S. 24–34).
- 6 Marco Schlüter: Neuregelung EU-Bioverordnung. Wie Brüssel den Ökosektor neu verordnet. In: Ökologie & Landbau 4/2013, S. 54–56.
- 7 Auf der Internetseite der EU-Kommission können ab sofort Informationen zum Stand der Revision der Bioverordnung eingesehen werden. Insbesondere werden die Schritte zur Folgenabschätzung veröffentlicht, wie die Anhörung von Experten, öffentliche Online-Umfragen sowie Ergebnisse von Beratergruppentreffen. Zusätzlich findet man den Report über die Ergebnisse der Online-Konsultation.
- 8 Anna Koch und Jochen Neuendorff: Biohühner: Außer Kontrolle? Standpunkt. In: Ökologie & Landbau 167, 3/2013, S. 42 f.



Minou Youssefi-Menzler

Mitarbeiterin der Stiftung Ökologie & Landbau und Redaktionsleiterin der Zeitschrift »Ökologie & Landbau«

Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
E-Mail: menzler@soel.de



Dr. Uli Zerger

Vorstand der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)

Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
E-Mail: info@soel.de